

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 24

Artikel: Kadar hielt sich : was keine Selbstverständlichkeit war : zum 10. Parteikongress in Budapest
Autor: M.C.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092646>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

11. Jahrgang Nr. 24
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 2. Dezember 1970

Der Samisdat

Wenn in der Sowjetunion von heute offiziell nicht gebilligte Texte (wie etwa die Schreiben der «Initiativgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR», siehe Seite 2) zirkulieren und ihre Leser finden, so ist das einer «Institution» zu verdanken, die Samisdat, Selbstverlag, genannt wird (sam = selbst, isdat, kurz für isdatelstwo = Verlag).

Samisdat ist, wenn man so will, eine äusserst primitive Methode, das Pressemonopol des Regimes zu unterlaufen. Manuskripte erhalten dadurch eine «Auflage», dass sie jeder Bezüger vermehrt, indem er sie mit der Schreibmaschine abtippt oder sogar von Hand kopiert. Wie viele Kopien eines jeweiligen Textes auf diese Art im Lande zirkulieren können, lässt sich naturgemäss nicht feststellen. Der Samisdat ist eine schwer fassbare Erscheinung, und selbst umfangreiche Beschlagnahmungen können nicht verhindern, dass aus einem übriggebliebenen Exemplar wieder ein Rinnsal und dann ein Bach wird. «Veranstaltet eine Generaldurchsuchung, verhaftet die Verfasser und Verteiler, aber solange auch

nur eine Kopie bleibt, wird sie vervielfältigt werden, und um so fleissiger», hatte G. Wladimow bereits im Frühling 1967 an den in Moskau tagenden Schriftstellerkongress geschrieben.

Der Samisdat ist in der Sowjetunion so etwas wie die freie Presse und die freie Literatur geworden. An sich ist er als Träger aller möglichen Gedanken geeignet. Durch ihn werden sowohl Gedichte, Erzählungen und Romane verbreitet als auch Appelle von nichtkonformen Kommunisten oder von Nichtkommunisten, Schreiben von christlichen Gemeinschaften oder Proteste gegen konkrete bürokratische Missstände. Das Gemeinsame der Samisdat-Autoren besteht lediglich darin, dass sie alle für die Freiheit des Wortes auftreten, indem sie es beanspruchen.

Trotzdem hat der Samisdat in den letzten Jahren insgesamt einen Wandel durchgemacht. Vor 1966 war er hauptsächlich ein Phänomen des kulturellen Nonkonformismus; seither ist er immer mehr zu einer Erscheinung der bewussten politischen Opposition geworden.

Bis in die erste Zeit der Breschnew-Aera hinein war der Samisdat hauptsächlich durch litera-

(Fortsetzung auf Seite 4)

IN DIESER NUMMER

Die «Initiativgruppe» erklärt sich 2

Ein offener Brief der «Initiativgruppe zur Verteidigung der Bürgerrechte in der UdSSR» als Beispiel für jene Stimmen, auf welche die Menschenrechtskommission der UNO nicht hört

Zum Beispiel

Valerija Nowodworskaja 5

Was mit einer sowjetischen Studentin passiert, wenn sie Flugblätter verteilt

Die Enkelin

des grossen Kaisers Sunyata 7

Reminiszenzen von Ervin György an seine Tätigkeit im Weltfriedensrat

Das «Leningrader Programm» 8

Valerij Tarsis über verschiedene Strömungen der sowjetischen Opposition

Die neue Ordnung lässt sich an 10

Lateinamerikanische Uebersicht von Alphonse Max

Gleichberechtigung 12

Ungarische Karikaturen



Der Fürst beim Gutsherrn: Breschnew bei Kadar in seinem ungarischen Jagdrevier.

Was keine Selbstverständlichkeit war

Kadar hielt sich

Zum 10. Parteikongress in Budapest

Seine Fingernägel liess ihm Rakosi im Kerker herausreissen, und Vladimir Farkas urinierte in seinen Mund. Nach seiner Freilassung war er ein populärer Politiker, und im Oktober 1956 wollte er noch mit blossen Händen gegen die Panzer der sowjetischen Invasoren kämpfen. Nach der undurchsichtigen Geschichte seiner Hinwendung zur Interventionsmacht nannten ihn seine Landsleute einen Verräter und Quisling; heute bangen sie um sein Verbleiben. Janos Kadar, der eine kommunistische Politik nach ungarischen Massstäben verkörpert, brachte dem Land eine Aera der kleinen Freiheiten. Er sorgte nach der Tobsucht der stalinistischen Zeiten für eine relative Entspannung im Innern und für eine Aussenpolitik persönlicher Prägung innerhalb des Ostblocks.

Der ungarische Parteichef, der unzählige Stürme, Palastrevolten seiner Widersacher und Anfechtungen von Scharfmachern im In- und Ausland durchzustehen hatte, konnte am Rednerpult des 10. Parteitages der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) tatsächlich auf gewisse Erfolge zurückblicken, die sogar von seinen Gegnern zugegeben werden. Selbst sein Volk, das den Kommunismus nach wie vor als ein fremdes Herrschaftssystem ablehnt, ist in der Meinung einig, dass es ihm nach Kadar nur noch schlechter gehen kann. Tatsächlich begründeten manche ungarische Flüchtlinge in westeuropäischen Hauptstädten ihre Flucht mit der Angst vor einem Sturz Kadars.

Viele Faktoren — von Ideen des Volksaufstandes 1956 bis zur Wirtschaftsreform — trugen dazu bei, dass sich in Ungarn trotz Diktatur des Proletariats mit allen ihren Utensilien manches geändert hat und der Donau-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Kadar hielt sich

(Fortsetzung von Seite 1)

staat heute im Ostblock als Land der Mitte bezeichnet werden kann.

Gewiss betont das ungarische Regime jeden Tag seine Kreml-Treue. Es kann sich spektakuläre aussenpolitische Eskapaden nicht leisten, aber es versuchte bis zum letzten die Okkupation der Tschechoslowakei zu verhindern und marschierte nur als Besatzungsmacht wider Willen mit seinen Verbündeten. Oppositionelle Regungen werden auch in Ungarn zum Ersticken gebracht, aber das Land ist immerhin nicht ein Naturgarten des Stalinismus à la Ulbrichts DDR. Verwandte kann ein ungarischer Untertane auch im Westen besuchen und braucht nicht, wie DDR-Bürger, für ein Familientreffen mit westdeutschen Verwandten nach Varna zu reisen.

Trotz allem bestehen die Unterschiede beim Aufbau dieses Sozialismus «auf ungarisch» nicht in den Zielsetzungen, sondern höchstens in den Methoden. Die USAP hat auf ihre «führende Rolle» im Land, also auf ihr Herrschaftsmonopol, nie verzichtet, und die Sowjetunion hat nach wie vor das entscheidende Wort in den wichtigsten Angelegenheiten. Aber selbst minimale Nuancen in den Methoden rufen in den sozialistischen Bruderländern Geister auf den Plan, welche die Politik der ungarischen Parteiführung mehr versteckt als offen revisionistisch nennen und in Misskredit zu bringen suchen.

Die Wirtschaftsreformen und ihre Notwendigkeit

Das gegenwärtige Regime Ungarns erwarb internationale Berühmtheit in erster Linie durch seine Wirtschaftsreformen. Ihr vieldebattiertes Wesen besteht vor allem in der Bestrebung, ein Wettbewerbssystem zu schaffen, das die Selbständigkeit der Unternehmen gewährleistet, diese am erzielten Gewinn interessiert und das staatlich festgesetzte Preissystem durch ein marktkonformes System der Preisbildung ersetzt.

In Zahlen ausgedrückt, wollen die ungarischen Kommunisten das Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 700 bis 750 Dollar im Jahr (1970) bis 1976 auf 1000 Dollar erhöhen. Damit soll sich das Land dem Niveau mittlerer westeuropäischer Staaten (Oesterreich, Italien) annähern. Das ungarische Pro-Kopf-Nationaleinkommen macht heute etwa einen Fünftel des amerikanischen aus und soll plangemäss im Jahre 2000 die Hälfte des US-Betrages erreichen. Das setzt ein jährliches Wachstum von 5,5 bis 6 Prozent voraus, was dem sowjetischen Entwicklungsprogramm entspricht. Obwohl in Ungarn die Lebensverhältnisse besser sind als in der Sowjetunion, Bulgarien und Rumänien, wird in der Presse über brennende soziale Probleme gesprochen. Vor allem ist die Altersversorgung eine Schwäche des Systems, denn die Hälfte der Rentner erhalten Bezüge unter 600 Forint und ein Drittel sogar unter 300 Forint, wobei zu bemerken ist, dass das Existenzminimum um 600 Forint liegt. Wie solche alten Leute ihre Not meistern können, das weiss wirklich nur der liebe Gott.

Der Kongress war selbstverständlich den Angelegenheiten der Partei gewidmet. Die USAP vereinigt 662 397 Mitglieder, d. h. 6,5 Prozent der

Bevölkerung, in ihren Reihen. 41,7 Prozent von ihnen sind physische, 38,1 Prozent geistige Arbeiter und Angestellte; 11,2 Prozent gehören anderen Kategorien an. Es ist interessant zu bemerken, dass die KP in Ungarn vor dem Weltkrieg nur etwa 450 Mitglieder hatte. Erst nach dem sowjetischen Einmarsch nahm die Zahl der Parteimitglieder rapid zu (KP-Slogan 1945: «Willst du Brot und Boden? Werde Kommunist!») Vom Februar 1945 bis Oktober 1956 erhöhte sich ihre Zahl von 30 000 auf 900 000. Nach dem Volksaufstand 1956 traten viele Kommunisten nicht mehr in die Partei ein. Die Mitgliederzahl betrug Ende Februar 1957 etwa 190 000 und stieg dann jährlich um 3,5 Prozent. Sie hat bis heute 660 000 erreicht. Etwa 15 Prozent aller Erwerbstätigen sind Parteimitglieder; der Anteil der Frauen beträgt 24,4 Prozent.

In Ungarn besteht das Erbe der Liberalisierung noch . . .

Das ZK schlug eine Modifizierung des Parteistatutes vor, wobei eine Herabsetzung des Eintrittsalters von 21 auf 18 Jahren, die Einführung der einfachen Mehrheit bei Parteibeschlüssen, die Verlängerung der Amtszeit der Parteileitungen auf vier Jahre sowie die schriftliche Fixierung des Rechts auf Kritik in der Partei und im öffentlichen Leben unterbreitet wurde. Die Disziplin ist in der Partei härter denn je. Parteimitglieder werden wegen verschiedenster Abweichungen in der Parteipresse namentlich kritisiert, und gerade vor dem Parteikongress kündigte man einen Feldzug gegen die Neureichen an, die in erster Linie unter den höheren Partei- und Wirtschaftsfunktionären zu finden sind.

Die Arbeitsmethode der Partei hat einen wesentlichen Wandel erfahren. In den Bereichen der Ideologie und Kultur, die nach wie vor als «Front» aufgefasst werden, wird der Kampf gegen abweichende Genossen nicht mehr so sehr mit administrativen als vielmehr tatsächlich mit ideologischen Mitteln, mit Argumenten und mit den Methoden der Ueberzeugung geführt. Dank einem gewissen Spielraum in diesen Fragen darf man in Ungarn über Tabus reden und schreiben wie in keinem anderen sozialistischen Land. Die Parteipresse versucht nicht — wie früher —, der Oeffentlichkeit Dinge einzureden, die offensichtlich erlogen sind. Es wird gesagt und geschrieben, was skandalös ist, dass das Brot schlecht ist und die Schuhe nichts wert sind. Die Witwe von Rajk konnte in der literarischen Zeitschrift «Kortars» offen schreiben, dass sie die Hinrichtung ihres Mannes in den 50er Jahren nach wie vor als ungeklärt betrachtet und ihres Erachtens die Bestrafung der Täter nach wie vor aussteht. Die Vergangenheit wird in Romanen und Tatsachenberichten recht schonungslos dargestellt, und diese Vergangenheit hört nicht bei den Sünden des Stalinismus auf, sondern umfasst sogar die Jahre der Abrechnung nach der sowjetischen Intervention samt ihren Verfolgungen. Tibor Dery konnte in Budapest schreiben und erklären: «Das war keine Konterrevolution.» Die Kritik darf freilich nicht «uferlos» sein; es sind überall Grenzen gezogen. Als ungarische Philosophen die Besetzung der Tschechoslowakei skandalös nannten, wurde ihr Institut an der Akademie der Wissenschaften eine längere Zeit einfach geschlossen; sie selbst mussten Parteistrafen hinnehmen. Dass der Stand der kleinen Freiheiten in Ungarn

besser ist als in den andern osteuropäischen Ländern, schliesst nicht aus, dass er gleichzeitig schlechter ist als in der klassischen Zeit des «Kadarismus» zwischen Anfang und Mitte der sechziger Jahre. Kadars Losung vor acht Jahren, «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns», hat ihre Gültigkeit weitgehend verloren. Seit Jahren rollt im Lande wieder eine ideologische Offensive, die das Monopol der Partei über Geist und Geschmack gewährleisten soll. Sie äussert sich unter anderm darin, dass die alleinige Ideologie jetzt in allen Schulen und Universitäten als Prüfgegenstand eingeführt wurde.

. . . aber in der Defensive

Dass man, wiederum im Unterschied zu andern Ländern, in der innerparteilichen Diskussion ohne jene «administrativen Massnahmen» auskommt, welche Synonym für Ausschlüsse, Entlassungen und Versetzungen sind, schliesst nicht aus, dass man gegen ausserparteiliche «Feinde» wieder mit polizeilicher Härte vorgeht. Den Widerstand etwa, den christliche Kreise dem Reideologisierungprozess entgegenbringen, sucht man mit direktem Einsatz von Gewaltmitteln zu brechen. Davon hatten in den letzten Jahren schon die sporadischen öffentlichen oder geheimen Prozesse gegen Priester und christliche Laien Zeugnis abgelegt. Dieses Jahr wurde dann gut zwei Monate vor dem Parteikongress ein Exempel im Rahmen einer Grossaktion statuiert. In den frühen Morgenstunden des 10. September wurden die Wohnungen von mehr als 50 Budapest-Priestern und Laien von der Geheimpolizei regelrecht überfallen. Es sei, so hiess es in gut stalinistischer Formulierung, eine staatsfeindliche Verschwörung aufgedeckt worden. Obwohl in den durchsuchten Zimmern ausser Bibeln anscheinend nichts gefunden wurde, was die Staatsverbrechen glaubhaft machen könnte.

Die gegenwärtige Kirchenpolitik der ungarischen Kommunisten ist in der jugoslawischen Zeitschrift «Glas Koncila» als «konstantianistisch» bezeichnet worden. Die Herrschenden wollten eine Kirche unter sich haben, die ihrer Willkür völlig ausgeliefert sei. Die diesbezügliche Politik des Regimes sei seit den fünfziger Jahren nicht nur nicht liberaler, sondern im Gegenteil eher noch schärfer geworden.

In Diskrepanz zu solchen Erscheinungen steht es, dass in Ungarn zur gleichen Zeit etwa in langen Erklärungen von der Humanisierung des Strafrechts und des Strafverfahrens gesprochen wird.

Die Doppelspurigkeit in der Politik der Partei ist freilich nicht einfach ein Zufall oder einfach das Ergebnis von widersprüchlichen Massnahmen. In Ungarn sind noch immer verschiedene Kräfte im Spiel. Die alte Garde der Parteifunktionäre, welche noch unter Rakosi ausgebildet wurden, weiss ihr Metier nur sehr einseitig zu handhaben. Diesen Leuten gegenüber steht die Gruppe von Reformern, die in erster Linie nicht professionelle KP-Funktionäre, sondern Experten auf verschiedenen Gebieten sind. Allerdings sind die Reformer heute im Zuge der allgemeinen Resatellisierung Osteuropas durch den Kreml von ihrer früheren Offensive weg in die Defensive gedrängt worden, jedenfalls in politischen, ideologischen und kulturellen Belangen. Auf wirtschaftlichem Gebiet haben

sie immerhin gerade in den letzten Jahren noch die Durchführung von Wirtschaftsreformen erwirkt, die wegen ihrer sozialen Auswirkungen von den Apparatschikis nur widerwillig akzeptiert wurden.

Der Kongress brachte keine Entscheidung

Im Seilziehen zwischen den beiden Richtungen ist immer noch kein Entscheid gefallen. Die Befürchtungen, dass der Parteitag die Niederlage

der Reformer beschleunigen und formalisieren werde, war in Ungarn weit verbreitet gewesen, aber der Kongress, bei dem Breschnew höchstpersönlich der gegenwärtigen ungarischen Politik weiterhin grünes Licht gab, stellte diesbezüglich keine Zäsur dar.

Der sowjetische Parteichef fand für die Erfolge der Kadarschen Linie sogar ausgesprochen lobende Worte und anerkannte ausdrücklich auch die Wirtschaftspolitik des Regimes, die er bei

akuten Veränderungswünschen ja hätte ausklammern können. Demnach lässt sich annehmen, dass die von vielen befürchtete dramatische Wendung zum schlechteren wenigstens für die unmittelbare Zukunft ausbleiben wird. Die Bestätigung des Kurses von Kadar durch die sowjetische Führung ist zweifellos ein Erfolg für ihn und die Anhänger seines Stils. Die Rechnung der Scharfmacher ist vorderhand nicht aufgegangen. MC

«Ich kämpfte für den Frieden»

Die Enkelin des grossen Kaisers Sunyata

Von Ervin György

Vor ziemlich genau zwei Jahren wurde in Mali Präsident Modibo Keita abgesetzt. Er hatte an der Spitze eines jener schwarzafrikanischen Länder gestanden, die nicht nur zum moskaufreundlichen Lager gehörten, sondern auch als besonders fortschrittlich, besonders emanzipiert und im marxistischen Sinne besonders sozialistisch galten. Um so erstaunlicher mutet deshalb an, was hier Ervin György über den Besuch von Modibo Keitas Schwester in Budapest berichtet. Eine Schwester beispielsweise des Negus von Aethiopien hätte sich soviel Feudalismus gar nicht leisten dürfen, wie ihn diese Vertreterin eines progressiven Staates im Weltbund demokratischer Frauen an den Tag legte. Und so kommt eigentlich hinter den anekdotischen Reminiszenzen sehr viel Typisches zum Vorschein.

Die afrikanischen Spesen in Konkurrenz zu Peking

Der Weltfriedensrat mass der Propaganda in den neuen Staaten Afrikas grosse Bedeutung bei. Man sparte weder Geld noch Mühe, um dort Friedensbewegungen zu schaffen, die dann den Frieden im Verständnis Moskaus unter den Massen popularisieren sollten. Besonders in Ländern mit moskaufreundlichen Regierungen fiel die Gründung von Friedensräten leicht. Von Wien aus erhielten sie nicht nur Propagandamaterial, Schreibmaschinen, Vervielfältigungsgeräte und andere Büro-Utensilien, sondern auch eine finanzielle Starthilfe. Sie war eigentlich als Ueberbrückung bis zu jenem Zeitpunkt gemeint, da die Mitgliedsbeiträge die Ausgaben decken würden. Nur kam es meist nicht dazu. Die vom Wiener Sekretariat des Weltfriedensrates eingesetzten Funktionäre pflegten bald irgendwohin zu verschwinden, samt Geld, Schreibmaschinen usw.

Jene wenigen aber, die sich ernstlich um den Friedenskampf bemühten, waren unzufrieden. Das teure Propagandamaterial nützte ihnen nichts, klagten sie. Ihre Mitbürger, sofern sie überhaupt alphabetisiert seien, verstünden die schwierigen Texte nicht, die ihnen fremde Probleme umständlich erörterten. Statt komplizierten ideologischen Gedankengängen forderten sie viele Bilder und wenig Text.

Die Agitprop-Funktionäre des Weltfriedensrates hatten aber wenig Verständnis für solche Anliegen. Die sowjetischen Sekretäre Tschikwade und sein Nachfolger Matkowskij verbrachten wie der französische Sekretär Cholière immer wieder ganze Wochen auf Kreuzfahrten in

Afrika, aber ausser Spesen hatten sie dafür konkret fast nichts vorzuweisen.

Den Afrikanern waren die europäischen Friedenssorgen grundsätzlich fremd. Da verstanden sie die chinesische Propaganda von den nationalen Befreiungskriegen gegen den Imperialismus der Weissen schon viel besser. In dem Masse, wie sich die Kontroverse zwischen Moskau und Peking zuspitzte, musste der Kreml auch vermehrt in den Wettbewerb um die Gunst der Schwarzen einsteigen. Da wurde jeder kleine Scheinerfolg von den verantwortlichen Funktionären gross gefeiert. Die Gründung der Friedensräte in Mali, Guinea und Ghana, der Einzug ihrer Führer in den Weltfriedensrat bedeutete angeblich einen grossen Sieg.

Ein doppelt standesgemässes Auto muss her: standesgemäss sozialistisch und standesgemäss feudal . . .

Im Rahmen dieser Bestrebungen forderte man nun auch die Friedensräte auf, ihre Kontakte mit afrikanischen Friedenskämpfern zu intensivieren.

So kam Budapest eines Tages zum Besuch von Aoua Keita. Sie war Vorsitzende des Friedensrates und des Frauenverbandes von Mali, vor allem aber die Schwester des Staats- und Regierungschefs Modibo Keita. So wurde ihrer Ankunft natürlich besondere Bedeutung beigemessen. Aber — so sollte sich herausstellen — immer noch nicht genügende Bedeutung.

Dem Flugzeug entstieg Aoua Keita in einem langen, mit Goldfäden reich bestickten rosa

7 Nylongewand. Ihr folgte eine ähnlich feierlich gekleidete junge Negerin, die Sekretärin. Dass Frau Keita in Begleitung kommen würde, hatten wir nicht gewusst, denn sie war allein eingeladen worden (natürlich trug der ungarische Friedensrat alle Kosten, Flugkarte inbegriffen). Frau Keita war eine sehr respektable Erscheinung, hochgewachsen, vollschlank, das Haupt erhoben, der Blick gebieterisch. Es fiel auf, wie schüchtern und erschreckt die kleine Sekretärin wirkte, die ihre Herrin keinen Moment lang aus den Augen liess. Als wir nach Abwicklung der Passformalitäten vor dem Haupteingang des Flughafengebäudes erschienen, fuhr mein wartender Chauffeur sofort vor. Frau Keita mass die Gefährt — es war ein hellgrauer «Wolga» mit einem einzigen Blick und sagte:

«In diesen Wagen steige ich nicht ein!»

Ich war fassungslos:

«Bitte . . . ich verstehe nicht . . .»

Frau Keita wandte sich an ihre Sekretärin:

«Erkläre es ihm!»

Die kleine Negerin flüsterte mir mit zitternder Stimme ins Ohr:

«Ihre Exzellenz fährt nur in schwarzen Wagen. Das verlangt unser Protokoll. Ihre Exzellenz ist die Enkelin des grossen Kaisers Sunyata und die Schwester unseres Staatsoberhauptes.»

Das letztere hatte ich gewusst, das erstere war mir neu. Aber was tun? Ihre Exzellenz hätte ich höchstens mit Gewalt in den Wagen zwingen können, doch «non-violent actions» schienen mir besser. Ich führte die Damen in den Wartesaal für die VIPs und rief dann den Friedensrat an. Verständlicherweise löste mein Bericht grosse Aufregung aus. Man versprach, bald zurückzurufen, was denn auch bereits nach einer Viertelstunde geschah. Inzwischen hatte man offensichtlich alle massgebenden Stellen konsultiert. Ich erfuhr, dass eine schwarze ZIM-Karosserie aus der Parteigarage unterwegs sei. Der Wagen bleibe zur Verfügung von Frau Keita.

«Wir sind ein emanzipiertes Land. Deshalb habe ich meiner Sekretärin einen guten Mann ausgesucht!»

Der Enkelin des grossen Kaisers Sunyata wurde grosse Reverenz erwiesen. Sie wurde von sämtlichen Vorsitzenden der verschiedenen Massenorganisationen empfangen, auch von Frau Vass, der Parlamentspräsidentin. Frau Keita versäumte es bei keiner Gelegenheit hervorzuheben, wie sozial und demokratisch die Entwicklung in ihrem Lande vor sich gehe. Die Sklaverei sei zu Ende, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger verwirklicht. Besonders die Emanzipation der